

## Doppelschlag gegen die Städte und Gemeinden

Von einem Doppelschlag gegen die Interessen der Kommunen in der Grafschaft Bentheim und im Emsland sprach die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Heubaum, nachdem der Bundesrat das Arbeitsmarktgesetz Hartz IV und die neue Gemeindefinanzierungssteuer mit der Mehrheit der CDU/CSU-geführten Bundesländer abgelehnt hatte.

Beide Gesetze der Bundesregierung hätten den Städten und Gemeinden in der Bundesrepublik einen erheblichen finanziellen Vorteil gebracht. Durch Hartz IV wären die Stadtkassen bei der Sozialhilfe spürbar entlastet worden. Darüber hinaus hätte die Gemeindefinanzierungssteuer den Kommunen erhebliche Mehreinnahmen beschert.

„Es ist nicht nachzuvollziehen, warum die Union die Interessen der Städte und Gemeinden ausbremst“, sagt

Monika Heubaum. „Dabei hat der Städte- und Gemeindebund nachdrücklich die Union aufgefordert, bei der Frage der kommunalen Finanzen keine Parteitaktik zu verfolgen und den Gesetzen der rot-grünen Bundesregierung im Bundesrat zuzustimmen“, macht die SPD-Bundestagsabgeordnete deutlich. Die Blockadepolitik von CDU/CSU treffe die Kommunen hart. Die Chance, für die gebeutelten Stadtkassen eine spürbare Entlastung zu schaffen, habe die Union zunächst einmal vertan.

### KOMMENTAR: CDU verrät Kommunen

Den notleidenden niedersächsischen Kommunen wird von CDU und FDP die dringend erforderliche finanzielle Entlastung durch eine Gewerbesteuerreform vorenthalten. Die vom deutschen Bundestag beschlossene Fortentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer bringt zusammen mit der ebenfalls von der Union blockierten Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe eine Entlastung von 500 Millionen Euro alleine für die niedersächsischen Kommunen. Doch die CDU/CSU-geführten Bundesländer blockieren diese Reform. Die Interessen der Kommunen werden rücksichtslos parteitaktischen Spielchen geopfert. So kann man mit den

Kommunen nicht umgehen. Wir fordern die Union auf, im Interesse der Kommunen ihre Blockadehaltung aufzugeben.



## Polizeireform gefährdet Sicherheit in der Grafschaft

Die niedersächsische Landesregierung will im Zuge der Verwaltungsreform die Bezirksregierungen abschaffen. Damit sollen für die vier jetzigen Polizeidezernate bei den Bezirksregierungen sechs Polizeidirektionen in Niedersachsen geschaffen werden.



Gleichzeitig sollen 18 Polizeiinspektionen in ganz Niedersachsen aufgelöst werden, darunter auch die Grafschafter Inspektion in Nordhorn. Daraus ergibt sich weiter, dass die Polizeikommissariate in Emlichheim und Bad Bentheim ebenfalls gefährdet sind und zu Polizeistationen reduziert werden.

Diese Reform macht überhaupt keinen Sinn, so Dieter Steinecke (MdL) und Gerd Will (MdL), denn als Konsequenz ergeben sich längere Entscheidungswege im Gefahrenfall, bei Katastrophen und wenn zum Beispiel grenzüberschreitend mit den Niederlanden oder Nordrhein-Westfalen zusammengearbeitet werden muß. Da die Polizei aus der allgemeinen Verwaltung herausgetrennt werden soll, wird die Koordination mit anderen Ordnungsbehörden und Katastrophenschutzverbänden erschwert und gebremst. Es werden dann zum Beispiel mehrere Landkreise gleichzeitig zuständig sein. Weiter wird Polizeipersonal konzentriert

und eine unnötige Bürokratie aufgebaut. Statt mehr Polizei in die Fläche zu geben, um dem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung gerecht zu werden, werden Stellen in der Fläche abgebaut und das Personal ausgedünnt. Viele Polizisten werden ihre Standorte verlassen müssen und werden umgesetzt, so dass viele Bürgerinnen und Bürger nicht mehr die vertrauten Ansprechpartner vor Ort haben. Und was machen die CDU-Landtagsabgeordneten? Sie kritisieren auch noch den Oberkreisdirektor öffentlich, wenn er unsere bewährte Polizeiarbeit in der Grafschaft lobt und verteidigt. Bisher gab es nur laue Lippenbekenntnisse von ihrer Seite.

Diese Reform ist ein weiterer Schlag gegen den ländlichen Raum, gegen die Sicherheit in der Grafschaft auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger, die mit weiteren Maßnahmen dafür erhalten soll, den Landkreis schrittweise dem Nachbarlandkreis anzugliedern.